

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW wollen Lehrkräfteausbildung trotz immer schärferer Kritik im Juli beschließen
2. CDU-Fraktion setzt A-20 auf die Tagesordnung der Juli-Landtagssitzung
3. CDU: Mit Fördermitteln der EU für Sinti und Roma Probleme vor Ort angehen
4. Westküsten-Unternehmen trauen Landesregierung immer weniger zu
5. Erste Schilder mit dem Logo „Echter Norden“ enthüllt
6. Pirat veröffentlicht Namen im Rockermilieu ermittelnder Polizeibeamter
7. Sozialministerin legt anderthalb Jahre nach CDU-Antrag Konzept für Familienzentren vor
8. CDU-Landtagsfraktion fordert Generalmasterplan für Energiewende

27.06.2014

SPD, Grüne und SSW wollen Lehrkräfteausbildung trotz immer schärferer Kritik im Juli beschließen
Landesregierung will mit Herabstufung von Gymnasiallehrerstellen Einheitslehrer finanzieren



Hochschulexperte Daniel Günther, MdL

Auch in dieser Woche hagelte es Kritik am Gesetzentwurf der Landesregierung für eine Lehrkräfteausbildungsreform.

Am Dienstag legte CDU-Hochschulexperte Daniel Günther neue Erkenntnisse aus der Akteneinsicht vor. Demnach hatte Finanzministerin Monika Heinold regierungsintern deutliche Zweifel an den Kostenberechnungen des Bildungsministeriums geäußert. Auch die regierungstragenden Fraktionen hatten hinsichtlich der Pläne 19 Fragen an die Landesregierung gestellt, die bislang nicht beantwortet wurden.

In der Anhörung am Mittwoch sprach sich vor dem Bildungsausschuss eine breite Mehrheit der Fachleute dafür aus, das Gesetz in dieser Form nicht zu beschließen. Der Landesrechnungshof mahnte die Einhaltung der Landeshaushaltsordnung an. Die Universität Kiel warnte vor dem Aufbau teurer Doppelstrukturen. Bislang seien die Mehrkosten ebenso unklar, wie die Folgen für die Universitäten des Landes. Das Lehrerausbildungszentrum warnte ebenso wie Studierendenvertreter vor weiteren Problemen. So reichten die Oberstufen an Gemeinschaftsschulen für die Referendare nicht aus. Kritisiert wurde auch das geplante Ende der eigenständigen Ausbildung von Förderlehrkräften. Trotz der ungeklärten Fragen wollen SPD, Grüne und SSW das Gesetz in der Juli-Landtagssitzung beschließen.

„Die schwerwiegenden Mängel des Gesetzes und die damit verbundenen Probleme können unmöglich bis zur Landtagssitzung in zwei Wochen korrigiert werden“, kommentierte Günther. Offensichtlich hofften SPD, Grüne und SSW darauf, dieses Gesetz im Schatten der Begeisterung der Menschen für die Fußball-WM durch das parlamentarische Verfahren zu peitschen.

Am Donnerstag veröffentlichte Günther aus den Akten hervorgehende Pläne der Landesregierung zur Herabstufung von 1000 Gymnasiallehrerstellen. Sie will einen Teil der Mehrkosten für den Einheitslehrer durch eine Herabstufung von 1000 Gymnasiallehrerstellen finanzieren.

„SPD, Grüne und SSW wollen die Gymnasien den Einheitslehrer bezahlen lassen. Der Einheitslehrerausbildung folgt die Einheitsbesoldung – am Ende steht die Einheitsschule“, kommentierte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, die Pläne.

Pressemitteilung Fazit Anhörung Günther:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-06-25_Daniel_Guenther_4441.html

Pressemitteilung Fazit Anhörung Franzen zu Förderlehrkräften:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-06-25_Heike_Franzen_4440.html

Pressemitteilung Herabstufung Gymnasiallehrerstellen:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2014-06-26_Heike_Franzen_Daniel_Guenther_4442.html

CDU-Fraktion setzt A-20 auf die Tagesordnung der Juli-Landtagsitzung Volksinitiative erreicht erforderliche Anzahl an Unterschriften



Verkehrspolitiker Hans-Jörn Arp, MdL

In dieser Woche hat die Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein - A20 endlich fertigstellen“ die erforderliche Anzahl von 20.000 Unterschriften erreicht. Mittlerweile haben sogar über 27.000 Schleswig-Holsteiner die Initiative unterstützt.

Nach dem Erreichen des erforderlichen Quorums wird die CDU-Fraktion die Parlamentsbefassung auf die Tagesordnung der kommenden Landtagsitzung im Juli setzen lassen:

“Erst einmal gratulieren wir den Initiatoren. Sie haben diese überwältigende Zahl an Unterstützern praktisch ohne Werbung gewonnen. Das zeigt auch, wie sehr den Menschen in Schleswig-Holstein das Thema unter den Nägeln brennt. Sie sehen, dass Verkehrspolitik sich unter der Albig-Regierung auf das Aufstellen neuer Schilder beschränkt. Deshalb darf der Landtag keine Zeit verlieren. Dieses den Menschen so wichtige Thema muss unverzüglich auf die Tagesordnung“, so Hans-Jörn Arp, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Seit Beginn der Regierungszeit von Ministerpräsident Albig ist noch kein Meter Autobahn genehmigt oder gar geschaffen worden. Die Volksinitiative fordert eine Verbesserung der Infrastruktur in Schleswig-Holstein im Allgemeinen. Insbesondere setzt sie sich für den Weiterbau der A20 und eine feste Elbquerung ein.

Link zur Homepage der Volksinitiative:

<http://www.a20-sofort.de/>

Link zur Pressemitteilung von Hans-Jörn Arp:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-06-24_Pressemeldung_4434.pdf

CDU: Mit Fördermitteln der EU für Sinti und Roma Probleme vor Ort angehen Besuch des FAK Europa beim Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen



Astrid Damerow, MdL

Am Rande eines Besuches des CDU-Fraktionsarbeitskreises Europapolitik im Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) in Flensburg hat die europa- und minderheitenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, auf den Beitrag der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebenssituation der Sinti und Roma hingewiesen: „Die EU stellt gerade in der neuen Förderperiode für diesen Zweck hohe Milliardensummen zur Verfügung. Menschen verlassen ihre Heimat nur, wenn die Zustände unerträglich sind. Deshalb müssen die Probleme der Sinti und Roma vor Ort angegangen werden. Es gilt die dramatische, oft unmenschliche Wohn- und Lebenssituation zu verbessern. Dafür muss allerdings strikt darauf geachtet werden, dass die Fördermittel an der richtigen Stelle angekommen,“ forderte Damerow.

Beim vorherigen Gespräch mit der Direktorin, Dr. Tove Hansen Malloy, wurde deutlich, wie sehr der Ukraine-Konflikt die Arbeit des ECMI derzeit bestimmt. Das ECMI könne in der Ukraine vor Ort im Umgang mit den Minderheitenproblematiken beratend tätig werden. „Wir haben erfahren, dass die Minderheitenkonflikte in der Ukraine auch direkte Auswirkungen auf die baltischen Staaten haben. Durch die Krise in der Ukraine ist die Minderheitendiskussion dort umgehend wieder auf die Tagesordnung gekommen,“ so die CDU-Abgeordnete.

Hinweis:

Das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (European Centre for Minority Issues) betreibt seit praxis- und politikorientierte Forschung, stellt Informationen und Dokumentationen zur Verfügung und bietet Beratungen zu Minderheitenfragen in Europa an. Es unterstützt europäische Regierungen und internationale Organisationen sowie nicht-dominante Gruppen in ganz Europa. Das Zentrum arbeitet mit anderen Forschungseinrichtungen, den Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit zusammen, indem es frühzeitig Informationen und Analysen zur Verfügung stellt. Das ECMI wurde 1996 von den Regierungen von Dänemark, Deutschland und Schleswig-Holstein gegründet. Es ist eine unabhängige und interdisziplinäre Einrichtung, die durch einen internationalen Mitarbeiterstab getragen und durch eine Vielzahl von erfahrenen Gastwissenschaftlern aus ganz Europa und dem Rest der Welt ergänzt wird.

Westküsten-Unternehmen trauen Landesregierung immer weniger zu Unzufriedenheit wächst

Eine Umfrage des Unternehmerverbandes Unterelbe-Westküste brachte es in dieser Woche auf den Punkt: Die Unternehmen an der Westküste sind unzufrieden mit der Arbeit der Landesregierung. Zwei von drei Unternehmen glauben nicht daran, dass die Landesregierung in der Lage ist, die gravierenden Verkehrsprobleme zu lösen und die Haushaltskonsolidierung erfolgreich voranzutreiben. Die pessimistische Grundhaltung ist erneut gestiegen. Besaßen im Dezember 2013 noch 12,7 Prozent der Unternehmen Vertrauen in die Landesregierung, so sind es heute nur noch 8,4 Prozent.

Damit haben sich die Befürchtungen der CDU-Fraktion bewahrheitet. „Zwei Jahre nach Amtsantritt reichen schöne Reden eben nicht mehr. Die Unternehmer bewerten das Handeln der Albig-Regierung. Und da kommt die Westküste ganz schlecht weg“, bewertete der Parlamentarische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp die Ergebnisse der Umfrage. In den zwei Jahren ihrer Amtszeit habe die Landesregierung – entgegen allen Ankündigungen – für die Westküste gar nichts erreicht.

Hier geht's zu den Ergebnissen der Umfrage (siehe ab Punkt II):

<http://www.unternehmensverband.de/index.php?page=aktuelles&view=437>

Erste Schilder mit dem Logo „Echter Norden“ enthüllt CDU: Stau-Meyer hätte das Geld besser für Warnschilder ausgegeben

Die höchst strittige Imagekampagne der Landesregierung mit der Dachmarke und dem Werbespruch „Schleswig-Holstein - Der echte Norden“ ist mit der Enthüllung eines Schildes an der deutsch-dänischen Grenze nun offiziell angelaufen. In einer Pressemitteilung wies Meyer extra auf den in den neuen Schildern enthaltenen Helligkeitseffekt hin, der die Wahrnehmung der sechs Quadratmeter großen Tafeln auch in der Dämmerung verbessere. CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp sprach von einer Provinzposse.

„Das wird die Gäste freuen! Damit sie im Stau sogar auch nachts was zu gucken haben, enthüllt der Verkehrsminister schöne neue Schilder mit Helligkeitseffekt. Vielleicht hat Meyer nach mehr als zwei Jahren Amtszeit jetzt endlich Zeit, sich um unsere maroden Straßen zu kümmern“, erklärte Arp in Kiel.

Angesichts des schlechten Straßenzustandes und Stillstandes bei wichtigen Verkehrprojekten im Land sei es völlig schleierhaft, wie sich ein Minister so in ein unsinniges Projekt festbeißen könne. In den anfangs irritierten Nachbarländern Schleswig-Holsteins habe sich die Kampagne längst zur Lachnummer entwickelt. „Dieses Logo ist durch die Vorgängerregierung zu Recht abgelehnt worden. Stau-Meyer hätte das Geld besser für Warnschilder ausgegeben“, so Arp.

Die neue Imagekampagne ist im Vorfeld von der Opposition und den angrenzenden Bundesländern scharf kritisiert worden. Zum einen weil die Kampagne schon der Vorgängerregierung vorgestellt und von ihr abgelehnt wurde. Zum anderen fühlten sich andere norddeutsche Bundesländer von dem Werbespruch vor den Kopf gestoßen.

Pirat veröffentlicht Namen im Rockermilieu ermittelnder Polizeibeamter CDU bemängelt unerträgliche Belastung der Betroffenen und ihrer Familien

In dieser Woche sorgte der Piraten Abgeordnete Dr. Patrick Breyer für Entsetzen in der Landespolizei. Er veröffentlichte interne Unterlagen des Innenministeriums im Internet. Diese waren ihm – zum Teil als vertraulich gekennzeichnet und mit geschwärzten Namen - auf Anfrage zur Information über die Einrichtung von Gefahrengebieten zur Kenntnis gegeben worden.

Auf den im Internet veröffentlichten Scans der Dokumente waren die geschwärzten Namen dann allerdings wieder zu sehen. Zunächst versuchte Breyer, die Schuld für die fehlende Anonymisierung beim Innenministerium abzuladen. Erst später übernahm er die Verantwortung und entschuldigte sich. Die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Astrid Damerow, kritisierte Breyer scharf:

„Gut ist nur, dass Dr. Breyer seinen Fehler offenbar erkannt hat. Das hilft den von der Veröffentlichung betroffenen Beamten aber ebenso wenig, wie eine nachträgliche Entschuldigung. Breyer hätte besser einmal vorher über die Folgen seines Handelns nachdenken sollen“, erklärte sie.

Die Veröffentlichung der Namen von an Ermittlungen im Rockermilieu beteiligten Beamten sei eine unerträgliche Belastung für die Betroffenen und deren Familien. Breyer habe dafür gesorgt, dass die ganze Welt Zugriff auf Namen von ermittelnden Polizeibeamten habe.

Die CDU-Abgeordnete betonte, dass die Piraten-Forderung nach ständiger totaler Transparenz staatlichen Handelns in letzter Konsequenz dem Schutz der Beamten entgegen stehe. „Dafür ist dieser fatale Fehler leider ein gutes Beispiel“, so Damerow.

Sozialministerin legt anderthalb Jahre nach CDU-Antrag Konzept für Familienzentren vor SPD, Grüne und SSW haben Thema komplett verschlafen



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

In dieser Woche hat Sozialministerin Ahlheit ein Förderprogramm für Familienzentren in Schleswig-Holstein vorgestellt. Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, warf Ministerin Ahlheit vor, das Thema verschlafen zu haben:

„Meine Fraktion hatte im Januar 2013 einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht, der von den Regierungsfractionen abgelehnt wurde. Anderthalb Jahre später will sich Alheit nun feiern lassen. Die Wahrheit ist: SPD, Grüne und SSW haben das Thema komplett verschlafen“, erklärte Rathje-Hoffmann.

Angesichts der demografischen Entwicklung sei die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf von besonderer Bedeutung. Die Weiterentwicklung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu Familien- und Nachbarschaftszentren sei eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Das gehe nur in enger Abstimmung mit den Kommunen, Kirchen und freien Trägern. Ferner sei eine wissenschaftliche Begleitung unabdingbar.

„Wir könnten schon viel weiter sein, wenn die Regierungskoalition diese wichtige Idee nicht mehr als ein Jahr blockiert hätte“, so Rathje-Hoffmann.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0400/drucksache-18-0422.pdf>

CDU-Landtagsfraktion fordert Generalmasterplan für Energiewende Netzausbau muss mit Fortschritten bei der Installation und Speichertechniken synchronisiert werden



Jens-Christian Magnussen, MdL

Vor der Verabschiedung der EEG-Novelle im Deutschen Bundestag hat der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, Jens-Christian Magnussen, am Rande der Tagung der energiepolitischen Sprecher der Norddeutschen Länder in Kiel eine bessere Planung des Netzausbaus gefordert. „Die Länder sind jetzt in der Pflicht, die Planungen zu koordinieren und nach den raum- und menschenverträglichsten Trassenverläufen zu suchen“, so Magnussen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssten frühzeitig in den Planungsprozess für die notwendigen Stromtrassen einbezogen werden. Die deutschen Stromnetze seien angesichts des Zubaus regenerativer Energien schon heute überlastet. Strom im Gegenwert von 30 Millionen Euro werde nicht in die Netze eingespeist, weil die Netze ihn nicht aufnehmen könnten. Bereits in wenigen Jahren drohe Strom im Gegenwert von bis zu 400 Millionen Euro aufgrund mangelnder Netzkapazitäten verloren zu gehen – obwohl dieser den Produzenten vergütet werden müsse.

Der nach der EEG-Novellierung vorgesehene Ausbaukorridor von 2.500 MW für Onshore-Windenergie ermögliche in Schleswig-Holstein weiterhin einen planvollen Ausbau. Für den Erfolg der Energiewende in Schleswig-Holstein sei jedoch der Bau sowohl der West- und Ostküstenroute als auch der Stromautobahn SuedLink zwingend erforderlich. Auch müsse mehr Wert als bisher darauf gelegt werden, den Ausbau der Erneuerbaren Energien und des Netzausbaus zu synchronisieren.

Das Scheitern von Ministerpräsident Albig in der Ministerpräsidentenkonferenz bei der Stichtagsregelung zeige die Notwendigkeit eines deutschen Generalmasterplans inklusive Netzausbau und einer europäischen Gesamtkonzeption. Dazu gehöre auch, dass über einheitliche europäische Fördersätze der Erneuerbaren Energien, die Entwicklung und Förderung von Speichertechnologien und Alternativkraftwerken (Backup) nachgedacht werde. „Nur so können mittelfristig verlässliche Rahmenbedingungen in der europäischen Energieversorgung geschaffen und die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Ein Klein-Klein führt die Energiewende nicht zum Erfolg,“ sagte Magnussen.

In diesem Zusammenhang steht auch ein Antrag der CDU-Fraktion für die kommende Landtagsitzung. Er fordert angesichts eines massiven Genehmigungsstaus bei Windkraftanlagen die Landesregierung auf, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und besser zu strukturieren.

Die derzeitigen Bearbeitungszeiten überstiegen die gesetzlichen Regelungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) bei Weitem. Danach ist über einen Genehmigungsantrag nach Eingang der vollständigen Unterlagen innerhalb einer Frist von sieben Monaten, in vereinfachten Verfahren sogar von drei Monaten zu entscheiden. „Jeder Antragssteller muss die Sicherheit haben, dass sein Antrag zügig bearbeitet wird. Sechs Monate sind völlig ausreichend, um die eingereichten Unterlagen sorgsam zu prüfen. Wenn Schleswig-Holstein weiterhin Vorreiter bei der Energiewende bleiben soll, dann muss die Landesregierung dafür sorgen, dass Windkraftanlagen auch zügig genehmigt werden, anstatt auf der Bremse zu stehen“, erklärte der CDU-Abgeordnete Volker Dornquast.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2062.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de